

Wachsende Spannung in Polen

Die innerpolitischen Verhältnisse Polens sind heute undurchsichtiger denn je. Die Regierung hat sich in der Feindschaft von Marschall Rydz-Śmigły begünstigten Zusammenfassung bisher zwar im wesentlichen behauptet. Aber ihre Autorität ist offensichtlich im Schwinden. Der politische Exponent des Marschalls, der Soldat Ślawa-Ładziński, hat die ihm gestellte Aufgabe, die Brücke von der Regierung zum Volke zu schlagen, ebenso wenig erfüllt, wie diese Aufgabe vorher von dem politischen Exponenten des Staatspräsidenten, dem „Zivilisten“ Kościński, hat gelöst werden können. Auch die Hoffnung, daß das von Oberst Roc im Auftrage des Marschalls ins Leben gerufene Lager der nationalen Einigung die an einem bedenklichen Mangel an vollstündlichen Parolen und zündenden Ideen krankende Regierung sanieren werde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Vielmehr hat dieses Lager der Regierung wieder neue Gedanken geschenkt, noch neue Anhänger zu gewinnen vermocht. Es ist selber auf dem besten Wege, ein Tummelplatz teils von rechts, teils von links ausgeborgter Ideen und einander widerstrebender Interessen zu werden. Jedenfalls kann man den mit dem Lager gemachten Versuch, eine weltanschauliche Ausrichtung aus dem Besitze der Macht heraus in die breite Masse des Volkes hineinzuzorganisieren, heute bereits als gescheitert ansehen. Die oppositionellen Parteien sind mit Hilfe einer ausgeklügelten Wahlordnung auf dem parlamentarischen Boden zwar lahmgelegt worden; im Lande draußen aber sind sie für die Regierung jenes unübersteigbare Hindernis auf ihrem Weg zum Volke geblieben, über das einst auch Piłsudski nicht hinwegspringen konnte. Die Kunst, mit deren Hilfe sich die Regierung innerpolitisch behauptet, ist die Kunst, keine innerpolitische Entscheidung zu fällen; und die Weltanschauung, in die sich die Regierung geflüchtet hat, ist die, sich keine der in den oppositionellen Parteien lebendigen Weltanschauungen reflesslos zu eigen zu machen.

Vor einigen Jahren, als Piłsudski noch lebte, wußte die Regierung nicht, wo das Volk steht. Heute ist es umgekehrt: das Volk weiß nicht mehr, wo die Regierung steht. Der Kreis, der die Regierung bildet, scheint langsam, aber sicher nach allen Seiten auseinanderzufließen. Im Lager der nationalen Einigung selbst zeigen sich bereits bedenkliche Risse; zahlreiche Organisationen, die Feindschaft dem Lager ihre Sympathie zum Ausdruck gebracht hatten, haben sich von ihm bereits wieder getrennt. Ueber die Aktionen seiner Jugendorganisation scheint das Lager ebenso, wie Feindschaft der „Unparteiliche Block für die Zusammenarbeit mit der Regierung“ über die Aktionen der von ihm geschaffenen „Legion der Jungen“, die Kontrolle verloren zu haben. Oberst Roc verfolgt immer deutlicher die Linie einer Zusammenarbeit mit der nationalen Opposition; aber sein Stabschef steht bei den Konservativen im Verdacht, mit der linken Opposition zu sympathisieren. Der städtische Sektor des Lagers der nationalen Einigung läßt in seinem Auftreten eine zunehmende Geistesverwandtschaft mit den Nationalradikalen erkennen, wogegen der ländliche Sektor mehr zu den Anschauungen der sozialradikalen Bauernschaft neigt. Die Konservativen sind für ein Zusammengehen mit den Endekern. Der Verband „Das Junge Polen“ hofft, eine

Synthese zwischen der nationalen Theorie Roman Dmowski und der nationalen Praxis Josef Piłsudski zu finden. Auf dem linken Flügel haben sich die „Verbesserer“ in einem Demokratischen Klub organisiert. Im Legionärverband haben sich politische Streitigkeiten bemerkbar gemacht. Und was das Verhältnis zur Kirche anlangt, so sind im Regierungslager alle Schattierungen von der freidenkerischen Kirchenfeindlichkeit bis zur Anerkennung des Katholizismus als einer den Staat verpflichtenden Weltanschauung vertreten. Nirgends ist Klarheit. Statt eines Lagers gibt es tatsächlich eine ganze Reihe von Klubs, statt einer nationalen Einigung eine fortschreitende „Dekomposition“, statt einer Idee eine ganze Kette schlecht durchdachter Doktrinen.

Unter diesen immer undurchsichtiger werdenden Verhältnissen ist es verständlich, wenn das Verlangen nach einer Klärung der Lage durch Neuwahlen auf Grund einer mehr oder weniger demokratisch reformierten Wahlordnung an Boden gewinnt. Diese Frage ist während der letzten Wochen in Polen ein Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen, nachdem von führenden Kreisen des Lagers der nationalen Einigung mehrfach die Notwendigkeit einer Wahlreform und die Zweckmäßigkeit von Neuwahlen betont worden sind. Allerdings scheint man bisher weder in diesen noch in den anderen politischen Lagern eine ganz klare Vorstellung davon zu haben, nach welchen Grundsätzen bei den etwaigen Neuwahlen eigentlich gewählt werden soll. Als sicher kann lediglich gelten, daß weder nach den rein demokratisch-parlamentarischen Grundsätzen, wie sie vor 1926 bestanden, noch nach den in der zur Zeit geltenden Wahlordnung niedergelegten Grundsätzen gewählt werden wird. Was weiter den Zeitpunkt eventueller Neuwahlen anlangt, so scheint nur folgendes einigermaßen sicher zu sein: daß neue Parlamentswahlen erst dann stattfinden werden, wenn die politische Atmosphäre vorher durch Kommunalwahlen geprüft worden ist, und daß die Parlamentswahlen noch vor der im Jahre 1940 fälligen Neuwahl des Staatspräsidenten durchgeführt werden.

Wenn sich gegenüber dem im Regierungslager herrschenden Chaos die oppositionellen Parteien machtpolitisch noch nicht weiter durchgesetzt haben, so nur deshalb, weil es auch unter ihnen keine Einigung gibt, in der Hauptsache deshalb, weil sich die bäuerliche Volkspartei nicht entscheiden kann, ob sie endgültig nach rechts oder nach links abschwerten soll. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß die oppositionellen Parteien mit wachsender Entschiedenheit und zunehmendem Selbstbewußtsein auftreten. Die Nationaldemokraten bauen darauf, daß die Regierung sie braucht, wenn sie der immer wieder vorbrechenden Volksfronttendenzen Herr werden will. Die Bauern haben bewiesen, daß sie sich notfalls auch des Streiks als eines politischen Kampfmittels gegen den Staat zu bedienen verstehen. Der Volksbewusnis ist für einen Staat, der das Hauptthema des Weltjudentums ist, immer eine latente Gefahr. Die Arbeiterschaft orientiert sich, wie der fortschreitende Zerfall der regierungstreuen Gewerkschaften zeigt, immer weiter nach links. Und die Front von Morges hat mit einer neuen Mobilisierung ihrer Kräfte begonnen. Jede dieser oppositionellen Parteien besitzt innerhalb des Regierungslagers eine mit ihr sympathisierende Gruppe; und jede dieser Gruppen sucht durch die Begünstigung der ihr entsprechenden oppositionellen Partei ihren Einfluß innerhalb der Regierung zu stärken. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Zustand der innerpolitischen Unentschiedenheit noch längere Zeit fortauern wird.

Dazu muß noch eines festgestellt werden: Es hat nicht ausbleiben können, daß die offensichtliche Unfähigkeit, zu einer Klärung der innerpolitischen Situation zu gelangen, auch auf das außenpolitische Ansehen des polnischen Staates nachteilig eingewirkt hat. Die dauernde Ungewißheit darüber, welchen Lauf die Dinge in Polen einmal nehmen werden, kann keinen anderen Staat dazu ermuntern, mit Polen gemeinsame Sache zu machen. Es fällt schwer, der Außenpolitik eines Staates Vertrauen entgegenzubringen, von dem es nicht sicher ist, wer in ihm zukünftig die Macht ausüben wird. Und es ist nicht leicht, an den Wert von Vereinbarungen mit einem Staate zu glauben, in dem keine Garantie dafür besteht, daß die Vereinbarungen auch durchgeführt werden. Dr. R.

Das System Grazynski

Michael Grazynski — das ist nicht nur ein Name, sondern ein System, das System des volkspolitischen Bürgerkrieges. Dieses System ist nicht auf den Amtsbereich dieses Wojewoden beschränkt; es hat dort nur seine schärfste und konsequenteste Ausprägung erfahren. In die Wirksamkeit dieses Systems sollen die nachstehenden Fälle, die sich in der Zeit vom 9. bis 26. September d. J. in Ostoberschlesien ereignet haben, einen Einblick gewähren.

Mit einer am 9. September veröffentlichten Erklärung brach das Syndikat der polnischen Journalisten Schlesiens und des Dombrowaer Bezirks seine Beziehungen zu den deutschen Pressevertretern Ostoberschlesiens ab; durch die Ankündigung, daß seine Mitglieder in Zukunft an keiner der amtlichen Pressekonferenzen mehr teilnehmen würden, zu denen auch die Vertreter der deutschen Presse eine Einladung erhalten, versuchte das Syndikat, die amtlichen Stellen zu einem entsprechenden Vorgehen gegen die deutschen Journalisten zu zwingen. Einen gleichen Beschluß faßte auch der Klub der Berichterstatter des Schlesiens Sejm. — Nachdem vor kurzem die „Polsta Zachodnia“, das Organ des Wojewoden Grazynski, gegen den Vertrieb deutscher Zeitungen und Zeitschriften in Polen polemisiert hatte, wurde, wie dasselbe Blatt, später berichtete, von „Persönlichkeiten des politischen Lebens“ in Rybnik eine Entschliessung gefaßt, in der die städtischen Behörden aufgefordert wurden, diejenigen Kioske, die noch weiterhin deutsche Zeitungen verkaufen, zu schließen; in Tarnowicz wurde am 17. September der Verkauf deutscher Zeitungen im Straßenhandel polizeilich verboten.

Das deutsche Schulwesen Ostoberschlesiens wurde von einer neuen schweren Maßnahme getroffen. Bisher pflegten die Sprachprüfungen, denen die zu den öffentlichen Minderheitsschulen mit deutscher Unterrichtssprache angemeldeten deutschen Kinder unterworfen sind, von einer Kommission vorgenommen zu werden, zu der auch Vertreter des Deutschen Volksbundes gehörten. Bei den zu Beginn des neuen Schuljahres durchgeführten Sprachprüfungen aber wurden keine Vertreter der deutschen Volksgruppe mehr in die Prüfungskommissionen berufen. Die polnischen Prüfer waren also ganz unter sich. Das Ergebnis war, daß nur ein ganz geringer Bruchteil der angemeldeten Kinder die Prüfung bestand. Um einige Beispiele anzuführen: In Janow fielen von den 10 zur Prüfung zugelassenen deutschen Kindern 9 durch! In Choppinzig bestanden von den 20 deutschen Kindern, deren Einschulungsanträge von den Behörden gebilligt worden war, nur 16 die Prüfung! In Chwallowicz waren es 6 von 25, in Piekar 28 von 73. In Chwallowicz traten die deutschen Schüler in den Streik. Unter den Kindern, die wegen angeblich mangelnder deutscher Sprachkenntnisse der polnischen Schule zugewiesen wurden, befinden sich zahlreiche Kinder, die mehrere Jahre hindurch deutsche Kindergärten besucht und bereits seinerzeit bei der Aufnahme in die Kindergärten eine deutsche Sprachprüfung mit Erfolg abgelegt haben! — Am 21. September wurde das Internat des Deutschen Privatgymnasiums in Pleß, gegen das die Zwangsverwaltung des Pleßschen Vermögens ein Emissionsurteil erwirkt hatte, zwangsweise geräumt. Auf Anordnung des Gerichtsvollziehers wurde das Mobiliar des Internats kurzerhand auf die Straße gesetzt. Die aus ihrem Heim vertriebenen Schüler wurden vom Deutschen Volksbund in einem Notquartier untergebracht. Der Leiter des Jugendamtes des Deutschen Volksbundes, der von der Zwangsräumung einige photographische Aufnahmen gemacht hatte, wurde verhaftet; er wurde zwar wieder freigelassen, aber der Photoapparat wurde beschlagnahmt. — Am 19. September fand in Chwallowicz im Kreise Rybnik eine von 800 Personen besuchte Versammlung statt. Sie nahm nach dem Bericht der „Polsta Zachodnia“ einen „ungewöhnlich stürmischen Verlauf“; in einer Entschliessung wurde die Auflösung der örtlichen deutschen Privatschule verlangt. — Die von der Jungdeutschen Partei geplante Kundgebung für das deutsche Schulwesen, die in der Zeit vom 23. September bis 5. Oktober in Rattowitz, Königshütte, Poslaw ufw. stattfinden sollten, mußten auf Anordnung der polnischen Behörden abgesetzt werden. — Am 15. September wurde der an der

deutschen Minderheitsschule in Friedenshütte tätige Lehrer Wilhelm Schmidt von der polnischen Schulbehörde beurlaubt; die Beurlaubung erfolgte „aus Gesundheitsrücksichten“. Die Schule wird von 146 deutschen Kindern besucht.

Auf Veranlassung des polnischen Betriebsratsmitgliedes Wojciech wurde eine seit 1924 als Wäschenäherin im Hüttenkrankenhaus der Friedenshütte beschäftigte deutsche Volksgenosin mit der Begründung entlassen, daß es für eine „Germanka“ in Polen keine Arbeit gebe. Da es sich bei der aus ihrem bescheidenen Verdienst verdrängten Deutschen um eine 54jährige, alleinstehende Frau handelt, kann man das Verhalten des polnischen Betriebsratsmitgliedes nur als einen Robeitaakt bezeichnen. — Zu den Betriebsratswahlen in der Bismarckhütte, die am 21. und 22. September stattfanden, hatten auch die deutschen Arbeiter eine eigene Kandidatenliste eingereicht. Der polnische Wahlvorstand erklärte jedoch, daß er die deutsche Liste „wegen eines Formfehlers“ nicht zulassen könne. Er blieb bei dieser Entscheidung auch, als der Königshütter Arbeitsinspektor, an den sich der deutsche Listenfürher gewandt hatte, feststellte, daß keine rechtliche Handhabe für die Zurückweisung der deutschen Liste vorliege. Auf diese Weise wurde den deutschen Arbeitern die Wahl eigener Vertreter in den Betriebsrat der Hütte unmöglich gemacht. — Ein Gastwirt in Eichenau bemühte sich schon seit längerer Zeit vergebens um die KonzeSSION für eine Gaststätte. Auf Anfrage wurde ihm schließlich erklärt, daß ihm die KonzeSSION nicht erteilt werden könne, solange er deutschen Vereinen die Benutzung seiner Räume erlaube. Daraufhin sah sich der Gastwirt gezwungen, den betreffenden Vereinen, und zwar einem Turnverein, einer Kriegervereinigungsvereinigung und einem Kirchenchor, die Abhaltung ihrer Versammlungen und Übungen in seinem Haus zu verbieten.

Im Rahmen der vom Deutschen Kulturbund in Rattowitz durchgeführten Hochschulwoche sollte u. a. Prof. Dr. Seidensticker von der Hochschule für Lehrerbildung in Hirschberg über ein sippentkundliches Thema sprechen. Dem deutschen Gelehrten wurde von den polnischen Behörden aus unbekannten Gründen die Einreisegenehmigung nach Polen verweigert. Es ist dies wieder einer der häufigen Fälle, in denen der deutschen Volksgruppe in Polen bei ihrem selbstverständlichen Bestreben, am geistigen Leben des Mutterlandes teilzunehmen, von Seiten der polnischen Staatsstellen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. — Dem Arzt Dr. Walter Urtel in Piasniki, der deutscher Reichsangehöriger ist, wurde von der Gesundheitsabteilung der Rattowitzer Wojewodschaft mit sofortiger Wirkung die weitere Ausübung seiner ärztlichen Tätigkeit untersagt. Daß diesem Arzt, der seit 1919 in Piasniki wirkte, seine Praxis bereits mit Wirkung vom 15. September entzogen worden ist, obwohl ihm zunächst die Aufenthalt- und Arbeitsgenehmigung bis zum 1. Dezember d. J. erteilt worden war, geht anscheinend auf den Brotneld gewisser polnischer „Kollegen“ zurück.

Am 26. September fand in Larnowitz eine deutschfeindliche Kundgebung statt, über die im Wojewodenblatt, der „Polka Zachodnia“, begeistert berichtet wurde. Die Hekrede des Professors Piascki vom polnischen Gymnasium in Larnowitz, wurde von der aufgepuschten Masse immer wieder durch Zurufe wie „Raus mit den Deutschen!“ unterbrochen. Zum Schluß wurde eine Entschließung folgenden Wortlautes verlesen:

- „Wir verlangen Anwendung der gleichen Mittel gegen die deutsche Minderheit in Polen, wie sie gegen die Polen in Deutschland angewandt werden (?),
- ein Verbot, deutsche Zeitungen in Polen zu verkaufen,
- Beschränkung der Genehmigungen zur Reise nach Deutschland,
- Auflösung der deutschen Mittel- und Volksschulen bis auf die Zahl der polnischen Schulen in Deutschland, insbesondere Auflösung des deutschen Gymnasiums in Larnowitz,
- Aufhebung der deutschen Gottesdienste,
- Ausweisung der deutschen Optanten, da auch aus Deutschland Polen ausgewiesen werden (?),
- Entziehung der Unterstützung (?) für Deutsche, die nach Deutschland geflüchtet sind,
- Parzellierung der Donnermarsch'schen Güter,
- Kürzung der Polizeistunde für die deutschen Lokale und Entziehung sämtlicher an Deutsche erteilten Konzessionen,
- Beseitigung der deutschen Aufschreien in öffentlichen Lokalen,
- Auflösung der deutschen Organisationen.

Gleichzeitig verlangen wir eine entschiedene Haltung gegen Danzig, denn es muß die Stärke und Macht unseres Staates fühlen. Wir können nicht dulden, daß die Danziger Behörden polnische Bürger (?) verhaftet und polnische (?) Kinder mit Gewalt (?) zum Besuch der deutschen Schule zwingen. Der Uebermut des Danziger Esels (!) muß gebändigt werden."

Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen, daß die polnischen Behörden bereits dabei sind, die hier aufgestellten Forderungen einer verheßten Masse in die Tat umzusetzen. Deutschfeindliche Kundgebungen wie diese in Larnowiß fanden während der letzten Wochen auch in zahlreichen anderen Orten Ostoberschlesiens statt.

"... Wenn wir schon bei den Wojewoden sind, so darf der Widerspruch nicht außer acht gelassen werden, der zwischen der Politik des Ministers Beck und der des Wojewoden Grażyński besteht. Man kann entweder dem einen oder dem anderen Recht geben, doch über eines muß man sich klar sein, daß Herr Beck alles Mögliche tut, um mit unsern deutschen Nachbarn friedlich zusammenzuleben, daß Dr. Grażyński aber keine Gelegenheit vorbeigehen läßt, um die deutsch-polnischen Beziehungen zu verschärfen. Wenn heute Minister Beck (bei seinen Verhandlungen mit Deutschland) auf Schwierigkeiten stößt, so sind diese Schwierigkeiten einerseits dem in den inneren Verhältnissen Polens herrschenden Chaos, andererseits der Politik des schlesischen Wojewoden zuzuschreiben." Der „Ezas“, der diese Sätze geschrieben hat, hat damit sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß auf deutscher Seite aller Anlaß besteht, den gelegentlichen polnischen Verschönerungen einer Annäherungsbereitschaft aus Deutschland Misttrauen entgegenzubringen, solange auf polnischer Seite noch Leute wie der Wojewode Grażyński als außenpolitisch tragbar angesehen werden.

Über den polnischen Antisemitismus

„Polen ist nicht antisemitisch. Der Schlüssel des jüdischen Problems ist eine wirtschaftliche und soziale, nicht aber eine politische Frage“. Mit diesen Worten hat Oberst Beck im Februar d. J. die Einstellung der polnischen Öffentlichkeit zur Judenfrage charakterisiert. Es wird vielleicht manchen, der die häufig durch die deutsche Presse gehenden Notizen über jüdenfeindliche Ausschreitungen, über den Ausschluß der Juden aus Berufs-, Wirtschafts- und sonstigen Verbänden und über ähnliche Vorgänge in Polen gelesen hat, wundern, wenn festgestellt wird, daß die Erklärung des Obersten Beck auch heute noch ihre Richtigkeit hat. Es ist eine gründliche Verkenennung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn man den polnischen Antisemiten, die an jüdischen Geschäften die Fenster einschlagen, die zwangsweise Entfernung der Juden aus Polen verlangen, die Entjudung der Hochschulen fordern u. a. m., eine der deutschen Einstellung zur Judenfrage entsprechende Haltung nachsagt. Dem polnischen Antisemitismus fehlt das die deutsche Einstellung vor allem bestimmende Element: die Ablehnung des Judentums aus rassistischen Gründen, aus Gründen der inneren und äußeren Sauberkeit.

Für den polnischen Antisemitismus ist das Judentum auch heute noch im wesentlichen nichts anderes als ein wirtschaftliches und soziales und allenfalls auch ein religiöses Problem. Das wird verständlich, wenn man bedenkt, daß das polnische Judentum in seiner Masse eine in sich abgeschlossene, christenfeindliche Religionsgemeinschaft darstellt, daß es durch seine Zusammenballung in den mittel- und ostpolnischen Städten das Hochkommen eines polnischen Handwerkerstandes verhindert, daß es der polnischen Intelligenz den Zugang zu den von ihm überfremdeten freien Berufen versperrt. Hinter dem Bewußtsein dieses täglich fühlbaren materiellen und konfessionellen Gegensatzes tritt das Bewußtsein der rassistischen Andersartigkeit weitgehend zurück. Und selbst dort, wo, wie es in letzter Zeit mehrfach geschehen ist, von politischen und sonstigen Organisationen neue antisemitische Programme aufgestellt werden, wird es

in der Regel noch immer vermieden, von den Juden als von einer fremden Rasse, einer artfremden Blutsgemeinschaft, zu sprechen. Der grundsätzliche Unterschied, der im deutschen Volksbewußtsein sowohl wie in der deutschen Gesetzgebung zwischen dem Juden als einem Angehörigen einer fremden Rasse und etwa dem Polen als einem Angehörigen eines artverwandten Volkes gemacht wird, ist daher der polnischen Auffassung fremd. Dem polnischen Antisemitismus liegen im wesentlichen dieselben Gefühle und Ueberlegungen wie der polnischen Deutschenfeindschaft zugrunde. Zum ersten Male ist es wohl kürzlich von Seiten des Verbandes „Das Junge Polen“ geschehen, daß das Judentum in der programmatischen Erklärung einer politischen Organisation nicht bloß als religiöser, wirtschaftlicher und politischer, sondern auch als ein rassistischer, unassimilierbarer Fremdkörper im polnischen Staate erkannt und hingestellt worden ist. Von einer solchen grundsätzlichen Erklärung bis zur praktischen Betätigung im Sinne dieser Erklärung ist es freilich noch weit.

Die Forderung, auf die sich die antisemitischen Kreise Polens geeinigt haben, ist die Entsendung des polnischen Staates durch die Forcierung der jüdischen Emigration. Diese Forderung wird am heftigsten von den Nationaldemokraten und den Nationalradikalen vertreten; sie findet sich im Programm des Lagers der nationalen Einigung wieder; und auch die offizielle Außenpolitik Polens hat sich diese Forderung zu eigen gemacht. Freilich bestehen weitgehende Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Mittel polnischerseits zur Anwendung gebracht werden können, um mehrere Millionen Juden von der Möglichkeit einer möglichst beschleunigten Emigration am wirksamsten zu überzeugen. Oberst Beck hat das Problem insofern richtig angefaßt, als er zunächst einmal die Frage zu klären versucht, wohin die jüdischen Massen, die man aus Polen zu entfernen gedenkt, eigentlich auswandern sollen. Vor dem Kriege wanderten jährlich rund 65 000 Juden aus dem heutigen polnischen Staatsgebiet aus. Die Einwanderungsbeschränkungen, die nach dem Kriege in den meisten überseeischen Ländern eingeführt wurden, haben die jüdische Emigration zum Stillstand gebracht. Das polnische Interesse an den Ereignissen in Palästina ist also begreiflich. Doch hat Oberst Beck bisher in dieser Hinsicht kaum praktische Erfolge erzielt. Daß seine wiederholten Interventionen irgendwie auf die britischen Entscheidungen in der Palästina-Frage eingewirkt haben sollen, ist angesichts der weitgehenden Uninteressiertheit des Foreign Office an der Judenfrage in Polen von vornherein wenig wahrscheinlich. Und seine Bemühungen, im Völkerbund Interesse für die polnischen Sorgen und Wünsche zu wecken, haben dort bisher nur unwilliges Erstaunen hervorzurufen vermocht.

Die polnischen Chancen bezüglich einer Erweiterung und Beschleunigung der jüdischen Emigration sind also gering. Die Zahl der jährlich aus Polen auswandernden Juden ist weit geringer als die Zahl der in Polen jährlich geborenen Juden. Polen wird sich also selbst dann, wenn man von der wenig wahrscheinlichen Annahme ausgeht, daß sich die jüdische Emigration um ein Mehrfaches steigern läßt, auf die Tatsache einstellen müssen, daß die Juden noch auf Jahrzehnte hinaus einen erheblichen Teil seiner Bevölkerung bilden. Das aber bedeutet, daß Polen, um den schädlichen Einfluß des Judentums auf sein wirtschaftliches, politisches und kulturelles Leben und auf den rassistischen Bestand des polnischen Volkes zu mindern, sich zu einer energischen und eindeutigen Aktion gegen das Judentum aufraffen muß. Die polnische Stellung ist hierbei freilich nicht günstig. Denn das Judentum hält in Polen wichtige wirtschaftliche Positionen besetzt; es bildet durch seine Masse, durch seine offensichtliche Sympathie mit dem Bolschewismus und durch die Rückendeckung, die es am Weltjudentum findet, einen politischen Faktor, der von der polnischen Regierung durchaus ernsthaft in Rechnung gestellt werden muß. Es kommt hinzu, daß die Masse des polnischen Volkes das Judenproblem in seiner ganzen rassistischen Bedeutung noch nicht erkannt hat, und daß es einflußreiche Kreise nicht nur in den Reihen der politischen Opposition, sondern auch in der Regierung selber gibt, die sich schützend vor das Judentum stellen oder die doch, wenn sie sich — der Volkstümlichkeit wegen — nach außen hin als Antisemiten bekennen, aus diesen oder jenen Gründen ein Interesse daran haben, die etwa gegen das Judentum gerichteten Maßnahmen zu sabotieren. So hat sich z. B. die kürzlich ins Leben gerufene Polnische Demokratische Front, die auch Teile des Regierungslagers umfaßt, in einer programmatischen Erklärung als philosemitisch bekannt!

Polonisierung deutscher Familiennamen

Einen bemerkenswerten Beitrag zu der Frage der Polonisierung deutscher Familiennamen hat der „Danziger Vorposten“ in seiner Nummer vom 28. August d. J. geliefert. (Siehe auch „Ostland“ Nr. 22/1936, Seite 321, und Nr. 13/1937, Seite 243.) Das Blatt weist einleitend darauf hin, wie die polnische Propaganda seinerzeit in Versailles versucht hat, unter Hinweis auf das Adreßbuch der Stadt Danzig, das einen verhältnismäßig hohen Hundertsatz polnischer oder polnisch klingender Familiennamen aufweist, den angeblich „polnischen Charakter“ dieser urdeutschen Stadt zu „beweisen“. Das Blatt erinnert dann an die bekannte Tatsache, daß in Westpreußen in der Zeit der polnischen Herrschaft von der nationalpolnischen Geistlichkeit (die ja damals die Personenstandsregister führte) zahllose deutsche Namen willkürlich in eine polnische Sprach- und Schreibform umgefälscht worden sind. Vor etwa 30 Jahren ist nun, wie das Blatt weiter vermerkt, in der Zeitschrift „Der Deutsche Herold“ eine Liste polnischer Familiennamen aus Westpreußen veröffentlicht worden, deren Träger einwandfrei nachweisen konnten, daß ihre Vorfahren einmal deutsche Namen getragen haben. Aus dieser Liste hat der „Vorposten“ eine Auswahl von etwa 150 Namen wiedergegeben und an Hand des Danziger Adreßbuches von 1934 hinzugefügt, wie häufig die betreffenden Familiennamen in Danzig vertreten sind. Diese Aufstellung, aus der im Folgenden wiederum einige Beispiele angeführt werden sollen, (an erster Stelle der ursprüngliche deutsche, an zweiter Stelle der heutige polnische Name, dahinter in Klammern die Häufigkeit des Vorkommens dieses polnischen Namens im Danziger Adreßbuch) gibt einen kleinen Einblick in den Umfang der Namenspolonisierung, die sich in früheren Jahrhunderten im Osten vollzogen hat.

von Weiß — Białke (18)
Bläse und Blätske — Blaszkowski (1)
von dem Borne — Brodzki (1)
von Brünneke — Bronk (1)
Biel — Brzostka (7)
von Weiden — Butowski (5)
von Büchau — Bychowski (2)
Zimmermann — Cieslik (2) u. Ciesielski (3)
Scheu — Gajka (10)
von Nassow — Gładuchowski (1)
von Brante — Deminski (2)
Daschke — Daszkowski (5)
Döpfke — Depta (1)
von Fuchs — Dulski (9)
Ebert — Ebertowski (1)
Erdmann — Ertmanski (2)
von Gnadau — Golembiewski (20)
von Reimann — Golembiowski (12)
von Kehrwald und von Eternberg — Gorny (10)
von Beder — Gottowski (3)
von Windel — Grzybowski (4)
Hammer — Hamerski (3)
von Eichholz — Jabłonowski (1)
Karge — Karpinski (11)
Kochenstein — Kochanski (17)

von Goldstein — Kosiowski (6)
Schmied — Kowalski (2)
von Kreuzberg — Krupka (2)
Blum — Kwiatkowski (29)
Meyer — Majerowicz (1)
Mischke — Mischewski (4)
von Braunschweig — Milczewski (1)
Nostke — Nostkiewicz (1)
Neumann — Nowicki (1)
von Pirch und von Delf — Ploch (62)
Preuß — Pruszał (2)
von Horn — Rogowski (14)
von Fritzsche — Robicki (2)
von Kalkstein — Stolsinski (1)
Hecht — Szczulkowski (1)
von Schönbed — Szembek (1)
Schmidt — Symt (1)
Ziehmann — Szymanski (26)
Thomas — Tominski (3)
von Rohr und von Strang — Tęczyński (2)
von Wenfing — Walowski (2)
von Zallen — Wilczewski (5)
von Wilckau — Wilkowski (6)
von Bieberstein und von Kurbach — Zawadzki (1)
von Schmudde — von Żmuda (1)

Außer zahlreichen anderen sind im „Danziger Vorposten“ noch Duzende von Adelsgeschlechtern erwähnt, die ihren ursprünglichen deutschen Familiennamen aufgegeben und sich neue, polnische Namen beigelegt haben, die zumeist der Bezeichnung ihrer jeweiligen Besitzungen entlehnt worden sind. So sind die von Duppel aus Bronikowo zu Bronikowski geworden, die von Schädlin aus Gzarin zu Gzarlinski, die von Jurek, von Preuß und von Wittken aus Gzarnowo zu Gzarnowski, die von Bach aus Gornitz zu von Górniski, die von Löwe aus Kiedron zu von Kiedrowski, die von

von der Bach und von Büffel aus Kolkau zu Kolowski, die von Schlewisch und von Bystram aus Konarz zu Konarski, die von Silberfchwecht aus Laschetow zu von Laszowski, die von Rieken aus Rosikau zu von Rozogowski, die von Hollke aus Lebno zu von Lebinski, die von Mark, von Rüdgisck und von Stendek aus Modrow zu von Modrzewski, die von Frischke aus Kellow zu Kefowski, die von Otterfeld aus Rybinier zu Rybinski, die von Helden und von Brant aus Carnorow zu von Carnowski, uff.

Die Beispiele könnten seitenslang fortgeführt werden! Die Sippenforschung fördert täglich neue Belege dafür zutage, daß in früheren Zeiten ungezählte deutsche Familiennamen polonisiert worden sind, und zwar — was nicht übersehen werden darf — in den meisten Fällen ohne eigentliches Zutun oder gar gegen den Willen ihrer Träger! Aktionen, wie sie im Laufe dieses Jahres vom polnischen Westverband in Ostoberschlesien durchgeführt worden sind, hat es auch schon in früheren Zeiten gegeben. Nur haben sie damals, in einer Zeit ungesestigter Familiennamen, wohl weniger Aufsehen erregt als heute!

Neue Angriffe auf Danzig

Seit 1933 ist die Regierung der Freien Stadt Danzig bemüht, das Verhältnis zu Polen ohne die Inanspruchnahme des Völkerbundes zu ordnen. Dieses Verfahren hat sich grundsätzlich bewährt, und zwar insofern, als das Verhältnis zwischen Danzig und Polen aufgehört hat, ein Handelsobjekt der in Genf versammelten, an der Sache selbst zumeist mehr oder weniger uninteressierten Mächte zu bilden. Das Verfahren setzt, wenn es eine tatsächlichen Beruhigung führen soll, aber voraus, daß der deutsche Charakter und die staatliche Selbstständigkeit der Freien Stadt von Polen als unbestreitbare Tatsachen anerkannt werden. Diese Voraussetzung ist nicht gegeben. Die Ereignisse der letzten Wochen haben das von neuem bewiesen.

Ende August sind auf Veranlassung des Danziger Senates etwa ein Duzend Kinder, die zu den polnischen Minderheitsschulen angemeldet worden waren, in deutsche Schulen umgeschult worden. Um diese Maßnahme verstehen zu können, muß ein wenig weiter ausgeholt werden. Es hat sich in den betreffenden Fällen um Kinder gehandelt, deren Väter bei der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig angestellt sind. Tatsache ist nun, daß diese polnische Stelle im Laufe der Jahre tausende deutscher Eisenbahner, die sich treu zu ihrem Volkstum bekannten, entlassen und manche andere durch wirtschaftliche Drohungen oder Versprechungen dazu gezwungen oder verleitet hat, ihre Kinder den polnischen Schulen anzuvertrauen. Der Danziger Senat hat also der Tatsache gegenübergestanden, daß die der polnischen Sprache unkundigen Kinder deutscher Eltern in polnischen Schulen der Gefahr der Entdeutschung ausgesetzt sind. Daß die Väter zum Teil in polnischen Vereinen Mitglieder sind, kann nicht als Beweis gegen ihre eigene deutsche Volkzugehörigkeit und gegen die ihrer Kinder angeführt werden; denn es ist in jedem einzelnen Falle festgestellt worden, daß ihre Mitgliedschaft in diesen Vereinen genau so wie die polnische Einschulung ihrer Kinder von polnischer Seite durch wirtschaftlichen Druck erpreßt worden ist.

Der Danziger Senat hat dem demoralisierenden Seelenkauf der polnischen Eisenbahnverwaltung durch eine Verordnung einen Riegel vorschieben versucht, derzufolge diejenigen Schüler, die zur polnischen Schule angemeldet werden, daraufhin geprüft werden, ob diese Einschulung nicht auf einem anderen Grunde als dem der Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum beruht. Demgemäß hat der Senat bei Beginn des Schuljahres in einer Reihe von Fällen gegen die Einschulung in polnische Schulen Einwendungen erhoben und auf gütlichem Wege eine Einigung mit den polnischen Stellen herbeizuführen versucht. Auf polnischer Seite aber hat man sich offensichtlich gekehrt, sich über die Methoden, mit denen im Gebiete der Freien Stadt Kinder für die polnischen Schulen angeworben werden, zu äußern. Jedenfalls hat man von dem Danziger Angebot, sich über die strittigen Fälle zu unterhalten, keinen Gebrauch gemacht. Der Danziger Senat hat darauf, durch keinerlei vertragliche Bindungen mehr beschränkt, die Angelegenheit von sich aus in der erwähnten Weise entschieden. Er hat nichts anderes getan, als

deutschen Kindern, die die unschuldigen Opfer der wirtschaftlichen Bedrängnis ihrer Eltern zu werden drohten, das Recht auf deutsche Schulerziehung zu sichern. Es muß dazu bemerkt werden, daß das Verfahren des Danziger Senates keineswegs als ein grundsätzliches Bekenntnis zur Bestimmung der Volkszugehörigkeit nach den sogenannten „objektiven Merkmalen“ zu werten ist. Das Verfahren ist vielmehr durch die ungewöhnliche Lagerung gewisser rechtlicher und wirtschaftlicher Verhältnisse in der Freien Stadt Danzig bedingt.

Der Schritt des Senates hat in der polnischen Presse ein Echo gefunden, daß für die Einstellung Polens zu Danzig so bezeichnend ist, daß es durch einige Beispiele charakterisiert zu werden verdient. Da ist u. a. von förmlichen Jagden die Rede gewesen, die die Danziger Polizei auf die „polnischen“ Kinder gemacht haben soll. Es sei wirklich schwer, hat es im „Słowo Pomorskie“ geheißen, „ein krasseres Beispiel des germanischen Uebermutes“ zu finden. Der „Goniec Warszawski“ hat gemeint, daß Polen das Danziger Vorgehen mit der „Zermalmung der deutschen Minderheit in seinen Grenzen“ beantworten müsse. Das „ABC“ hat von „zynischen, unerschämten Herausforderungen“ gesprochen, die Polen „nur mit Faustschlägen beantworten“ könne. Und der „Ilustrowany Kuryer Godziennik“ hat der polnischen Regierung empfohlen, dem Danziger Senat „mit der Faust in die Presse zu hauen“. Es hat keine polnische Zeitung gegeben, die auch nur den Versuch gemacht hätte, die Dinge so zu sehen, wie sie tatsächlich sind. Und kein polnisches Blatt hat so viel Anstand besessen, zuzugeben, daß es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Danziger Regierung ist, den deutschen Kindern einen Schulunterricht in deutscher Sprache und im deutschen Geiste sicherzustellen.

Die Ausfälle der polnischen Presse haben die Danziger Regierung gezwungen, einige dieser Blätter für das Gebiet der Freien Stadt zu verbieten. Sie hat, um die Durchführung des Verbotes zu überprüfen, die Briefträger der polnischen Post in Danzig kontrollieren und die von diesen trotz des Verbotes ausgetragenen Zeitungen beschlagnahmen lassen. Das hat auf polnischer Seite eine neue Welle von Schmähungen und Verleumdungen zur Folge gehabt. Es liegt auch in diesem Falle klar auf der Hand, daß es das selbstverständliche Recht der Danziger Regierung ist, innerhalb ihres staatlichen Machtbereichs für die Durchführung ihrer Anordnungen Sorge zu tragen.

Wenn Polen gegen die Einschulung deutscher Kinder in deutsche Schulen und gegen die Beschlagnahme verbotener Zeitungen durch die Danziger Regierung Einspruch erhebt, so bedeutet das nichts anderes, als daß es den deutschen Charakter und die staatliche Selbständigkeit der Freien Stadt nicht anzuerkennen bereit ist. Daß das tatsächlich so ist, das hat Henryk Strasburger in seiner Schrift „Sprawa Gdańska“ („Die Danziger Frage“) bewiesen. Das hat das aggressive Verhalten der polnischen Vertreter auf dem Historikerkongress in Riga im August d. J. gezeigt. Das geht aus dem anmaßenden Auftreten des diplomatischen Vertreters Polens in Danzig hervor. Das lehrt vor allem der tödliche Ton der polnischen Presse, die ungehindert von der Warschauer Regierung ihre feindseligen Gefühle gegen das deutsche Danzig und seine Regierung in rohen Pöbeleien abreagiert. Die Art, wie von polnischer Seite geringe Anlässe aufgebauscht und Tatsachen umgefalßt werden, legt die Vermutung nahe, daß man dort eine Befriedung des Verhältnisses zu Danzig nicht wünscht. Es ist nicht zu übersehen, daß ein solches Verhalten der Klugheit der polnischen Propagandisten kein besonders gutes Zeugnis ausstellt. Denn es ist doch klar, daß die fortgesetzten Angriffe gegen Danzig auf der Gegenseite die Vorstellung von einer gewissen Labilität der territorialen Verhältnisse wachzurufen geeignet sein können. Und es kann zum mindesten zweifelhaft sein, wer am längeren Hebel sitzen würde, wenn einmal auf die fortgesetzten Provokationen der polnischen Propaganda von der Gegenseite mit entsprechenden Mitteln geantwortet würde.

Es ist behauptet worden, daß in Oberschlesien die polnische Nationalität vorherrsche. Als Bewohner Oberschlesiens behaupte ich, daß wir keine dergleichen Nationalität besitzen. Die benachbarten Polen sehen uns nicht als Brüder an. Wir Oberschlesier wollen nur als deutsche Brüder, als Preußen angesehen und behandelt werden.

Abgeordneter Justizrat Wodiczka 1848 im Vereinigten Landtag.

Eine völkerverschologische Lektion

Die Regierung in Kauen hat in ihrer Memelpolitik schon des öfteren bewiesen, daß sie die Konsequenzen ihres Handelns nicht hinreichend zu übersehen vermag. Durch ein Gesetz, das vor kurzem in den „Vortauschbes Ziniva“ veröffentlicht worden ist, hat sie die Richtigkeit dieser Beobachtung von neuem bestätigt. Dieses Gesetz verfügt „für Zwecke des Heeres, des Verkehrs, des Hafens und des Zolles“ die Enteignung eines in und bei Memel gelegenen Geländekomplexes von insgesamt 440 Hektar. Von der Enteignung werden 24 reichsdeutsche und memeldeutsche Besitzer betroffen. Es beleuchtet den Charakter der litauischen Fremdherrschaft im Memelgebiet, daß das „Memeler Dampfboot“, die einzige noch nicht verbotene deutsche Zeitung dieses Gebietes, gezwungen worden ist, die deutschfeindliche Erklärung der Litauischen Telegraphenagentur zu dieser Frage abzudrucken, also gegen die eigenen Interessen Propaganda zu treiben. Die Angelegenheit hat eine wirtschaftliche, eine rechtliche und eine politische Seite.

Die wirtschaftlichen Rechtfertigungsversuche, die von litauischer Seite für den Bodenraub vorgebracht werden, tragen den Unglaubwürdigkeit an sich. Es ist angeblich geplant, den Memeler Flughafen zu erweitern, ein Trockendock zu errichten, den Hafen zu vergrößern, das Eisenbahnhafen am Hafen auszubauen, Speicher und Kasernen sowie einen neuen Bahnhof zwischen Memel und Karlsberg zu bauen. Selbst wenn man annimmt, daß diese litauischen Angaben der Wahrheit entsprechen (wogu keine Veranlassung vorliegt), läßt sich der Umfang der Enteignungsaktion damit in keiner Weise begründen. Der enteignete Geländekomplex übertrifft an Ausdehnung die bebaute Fläche der über 50 000 Einwohner zählenden Stadt.

Was die rechtliche Seite der Enteignung anlangt, so verstößt das Gesetz eindeutig gegen die Bestimmungen des Memelstatuts. Artikel 32 Abs. 1 des Statuts bestimmt, daß Enteignung nur zulässig ist „aus Gründen des öffentlichen Wohles und unter der Bedingung einer vorgängigen gerechten Entschädigung und nur auf Grund der Gesetze und ohne daß den Bestimmungen des vorliegenden Statuts Abbruch geschehen darf“. Dieser letztere Passus bezieht sich auf den Artikel 5 Ziffer 9, wo es heißt, daß die bürgerliche Gesetzgebung ausschließlich des Eigentumsrechtes (also auch einschließlich des Enteignungsrechtes) zur Zuständigkeit der autonomen Regierung des Memelgebietes gehört. Es ist demnach ausschließlich Sache der Regierung des Memelgebietes, nicht aber Sache der Regierung in Kauen, darüber zu entscheiden, ob und was enteignet werden soll, und zu prüfen, ob ausreichende Gründe des öffentlichen Wohles vorliegen und welche Entschädigung angemessen erscheint. Auch der bekannte Verfasser des großen litauischen Kommentars zum Memelstatut, Prof. Robinson-Kauen, hat ausdrücklich festgestellt, daß die Verfügung von Enteignungen im Memelgebiet, besonders aber deren Durchführung den autonomen Behörden dieses Gebietes zusteht. Die Rechtslage ist vollkommen klar. Die einzig zuständige Stelle, das Direktorium des Memelgebietes, ist mit dem Gesetz vor dessen Erlass überhaupt nicht befaßt, und das Gesetz nachträglich vom Direktorium abgelehnt worden. Es entbehrt also der rechtlichen Basis und ist als ein Gewaltakt zu werten, der mit dem Sinn und Wortlaut des Statuts, also eines zwischenstaatlichen Vertrages, in Widerspruch steht.

Aus der wirtschaftlichen Unbegründbarkeit und der rechtlichen Unhaltbarkeit des Gesetzes ergibt sich dessen politische Seite. Der „Völkische Beobachter“ hat zu dieser Seite des Gesetzes in einer Weise Stellung genommen, die überall dort verstanden werden dürfte, wo keine politischen Selbstmörder verantwortliche Regierungsposten besetzen. Kauen, so heißt es da, möge sich reichlich überlegen, daß die Memeler Gewaltakte einen Rückzug des deutschen Stros von den litauischen Eigentumswechseln bedeuten können; Litauen zerstöre durch diese Akte den Glauben an seine Fähigkeit zur Realpolitik, mit der man in Kauen so gern kokettiert. Darüber hinaus verlasse es den Anspruch, von der internationalen Öffentlichkeit in seinen Handlungen nach rechtlichen Maßstäben gemessen zu werden. Entweder, so heißt es dann weiter, übernehme

Litauen die Verantwortung für die Memeler Enteignungen; in diesem Falle entpuppte sich die gesamte Entspannungspolitik als Vorwand, hinter dem man auf altem Wege die Antastung des deutschen Volkstums, die man offen nicht mehr wage, durchführen wollte, — ein typisch östlicher Dreh, der Litauen in der Skala der als anständig geltenden Nationen um ganze Klassen zurückwerfe. Aber aber Litauen sei eben nicht der konsolidierte Staat, für den es sich ausbebe, d. h. es sei auf Grund innerer widerstrebender Kräfte unfähig, eine Politik konsequent durchzuführen, zu der es sich in klaren Momenten entschlossen habe. In beiden Fällen müsse der Wert Litauens als politisch ernst zunehmender Partner aus der Rechnung gestrichen werden. Das ist eine erstaunlich deutliche Sprache. Und es ist zu erwarten, daß es bei den Worten nicht bleiben wird. Das Deutsche Reich hat im Jahre 1937 ausreichende Mittel zur Verfügung, einer Einrichtung wie der Regierung in Kauen politischen Anstandsunterricht zu erteilen, — und zwar Mittel nicht bloß wirtschaftlicher Natur.

Uebrigens hat das Gesetz auch ein Gutes gehabt: Es hat die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf die Tatsache gelenkt, daß die durch das lange Schweigen der deutschen Presse über das Memelproblem in weiten Kreisen hervorgerufene Vorstellung von einer „normalen“ Gestaltung der Verhältnisse im Memelgebiet eine Selbsttäuschung ist. Das Gesetz hat der deutschen Öffentlichkeit eine völkerpsychologische Lektion erteilt, von der man nur hoffen kann, daß die deutsche Öffentlichkeit sie in Zukunft gebührend beherzigen wird.

Prag als tschechische Pressezentrale

Auf keinem Gebiete gleicht die Tschecho-Slowakei dem französischen Vorbild so sehr wie auf dem des Pressewesens. Während man sonst keineswegs sagen kann: „Prag ist die Tschecho-Slowakei“, beßte die Prager Presse in der Tschecho-Slowakei doch eine ähnlich beherrschende Stellung wie die Pariser Presse in Frankreich, — wenn man von einigen wenigen nichttschechischen Provinzialblättern absieht. In Prag wird im wesentlichen die öffentliche Meinung des ganzen Landes gemacht. Sämtliche größeren tschechischen Blätter erscheinen in Prag. Täglich ergießt sich eine Flut von Zeitungen über diese 800 000 Einwohner zählende Stadt. Hinzu kommt: der Prager liest viel, freilich ebenso wahllos. Ermöglicht wird das besonders der Boulevard-Presse durch deren außerordentlich niedrigen Preis, der freilich durch ein außerordentlich schlechtes Papier, eine skrupellose Anzeigenpolitik und ein äußerst niedriges Niveau bedingt ist. Der Preis für die meisten Mittags- und Abendblätter beträgt 20 bis 30 Heller (das sind nach dem jetzigen Kursstand etwa 2 bis 3 Pfennig). Der Preis für die Morgenzeitungen, die eine weit geringere Auflage aufweisen, bewegt sich dagegen um eine Krone herum. Interessant ist, daß die Abendblätter gewöhnlich in der zehnten Morgenstunde erscheinen, die Mittagsblätter dagegen schon in den späten Abendstunden des vorhergehenden Tages. Noch etwas zum Außerlichen: Während der Inhalt der Zeitungen durchaus nach französischem oder amerikanischem Muster sehr stark auf Sensation ausgerichtet ist, ist das Format der Zeitungen ganz das deutsche. Nur eine einzige Zeitung, die „Narodní Věsta“, hat das größere französische Format. Noch in einem weiteren Punkte gleicht das tschechische Pressewesen dem deutschen, freilich dem von vor 1933: alle Zeitungen sind irgendwie parteipolitisch gebunden.

Im folgenden soll nun, nach Parteien geordnet, eine Uebersicht über das tschechische Pressewesen gegeben werden: Zunächst die Presse der nationalsozialistischen Partei, die, was zu beachten ist, mit der NSDAP nur den Namen gemein hat, im übrigen aber eine linksbürgerliche, freimaurerische Partei ist, etwa entsprechend den französischen Radikalsozialisten. Ihr gehörte bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten der langjährige Außenminister Dr. Beneš an. Das Hauptorgan dieser Partei ist das „České Slovo“ („Tschechisches Wort“); es wird herausgegeben vom Milantrich-Verlag. Eine besondere Bedeutung kommt diesem Blatte nicht zu. Weit bekannter und man kann schon sagen: berüchtigter ist seine Abendausgabe, das „Večerní České

Slovo“, das täglich in einer Auflage von etwa 300 000 Exemplaren erscheint. Entsprechend groß ist der Einfluß, den dieses Blatt auf die öffentliche Meinung ausübt. Die geradezu hysterisch deutschfeindliche Stimmung eines großen Teils der breiten tschechischen Masse ist sicher mit auf das Schuldkonto dieses Blattes zu schreiben. Es kommt fast keine Nummer dieses Blattes heraus, die nicht irgendeine Sensationsnachricht über Deutschland enthält. Aus Deutschland berichtet das Blatt grundsätzlich nur über Morde, Sittlichkeitsverbrechen, Kirchenverfolgungen, Hungersnöte, Rohstoffknappheit, Unglücksfälle und dergleichen. Man kann da lesen, daß die Straßen der deutschen Städte vollkommen verödet seien, weil die Leute nicht mehr die Kraft hätten, sich zu bewegen; vor etwa zwei Jahren konnte man in diesem Blatt als große Sensation lesen, daß sich Adolf Hitler aus Angst vor Attentaten nie dem Volke zeige, sondern sich stets von einem aus Brasilien (!) stammenden Doppelgänger vertreten lasse. Dabei muß man bedenken, daß dieses Blatt ein Regierungsblatt ist, noch dazu eines, das dem Staatspräsidenten besonders nahesteht! In ähnlichem Sinne gehalten ist das ebenfalls im Melantrich-Verlag erscheinende Abendblatt „A. Zet“. Außerdem erscheinen in diesem Verlag noch einige Wochenschriften, Modes-, Frauen-, und Witzblätter.

In scharfer Konkurrenz mit dem Melantrich-Verlag steht der Zeitungskonzern des ehemaligen nationalsozialistischen Ministers Stritberg. In seinem Verlag erscheinen das „Poledni List“ („Mittagsblatt“), der „Epreš“, sowie das „Medelni List“ („Sonntagsblatt“) und das „Vondelni List“ („Montagsblatt“). Obwohl auch diese Blätter stark auf Sensationsmacherei eingestellt sind, verhalten sie sich doch außenpolitisch, besonders Deutschland und Italien gegenüber, neutraler, was sich aus ihrer oppositionellen Haltung zur Regierung erklärt. Ein angesehenes nationales Bürgerblatt ist die „Politika“. Es vertritt weitgehend, vor allem in den nationalpolitischen Fragen, die Politik der Regierung, ohne im eigentlichen Sinne im Regierungslager zu stehen. Den Forderungen des Sudetendeutschums gegenüber verhält es sich ebenso undufsam wie alle übrigen tschechischen Blätter. Journalistisch betrachtet, ist die „Politika“ eine der besten tschechischen Zeitungen; ihr Abendblatt ist der „Narod“ („Die Nation“).

Ein ausgesprochenes Parteiblatt sind dagegen wieder die nationaldemokratischen „Narodni Listy“, die lange Zeit das Zentralorgan der „Nationalen Vereinigung“ waren. In diesem Blatt ließ der im Frühjahr 1937 verstorbene erste Ministerpräsident der Tschecho-Slowakei Dr. Kramarsch seine sonntäglichen Leitartikel erscheinen. Das Blatt steht seit Jahren schon in schärfster Opposition zur Regierung. In außenpolitischer Hinsicht wendet es sich gegen deren sowjetfreundlichen Kurs, kann sich aber nicht zu einer neuen außenpolitischen Orientierung entschließen, sondern ist im wesentlichen auf der außenpolitischen Konzeption des Jahres 1919 stehen geblieben. Gegen das Sudetendeutschum vertritt es den Standpunkt einer brutalen Undufsamkeit. Im übrigen sind die „Narodni Listy“, journalistisch betrachtet, ein Blatt von Format. Im gleichen Verlag erscheint das Abendblatt „Vecernik Narodnich Listu“.

Das Blatt der republikanischen (agrarischen) Partei ist der „Venkov“ („Das Land“). Es bemüht sich um eine sachlichere Beurteilung der außenpolitischen Lage. Als Blatt des Ministerpräsidenten verdient es Beachtung. Chefredakteur ist der Jude Dr. Kahanel. Das Abendblatt des Vencov-Verlages ist der „Vecer“ („Der Abend“). Zum Regierungslager gehört auch die gut ausgebauten katholische Presse, die der Leitung des Juden Dr. Alfred Fuchs untersteht. Das Hauptblatt dieser Richtung sind die „Lidove Listy“ („Volksblatt“) mit dagugehörigem Mittags-, Abend- und Sonntagsblatt. Ihrem Inhalt nach stehen diese Zeitungen der nationalsozialistischen Sensationspresse nahe. Soweit in ihnen von Deutschland die Rede ist, wird besonders gern natürlich über die „Christenverfolgung“ und das „Neubeubentum“ im Dritten Reich berichtet. In innerpolitischen Angelegenheiten wissen die Blätter recht geschickt den katholischen Konfessionsstandpunkt zu vertreten. Ein Regierungsblatt von Format sind die „Lidove Noviny“ („Volkszeitung“), die dem Außenministerium nahestehen. Der Sitz des Blattes ist eigentlich Brünn, doch hat es auch in Prag eine Redaktion. Innenpolitisch steht es zwischen der nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Partei. Es ist ein ausgesprochen jüdisch-freimaurerisches Blatt. Beachtlich ist, daß es eine maßgebende Stellung in der Literaturkritik einnimmt. Im ganzen kann man das Blatt etwa mit der früheren „Vossischen Zeitung“ vergleichen.

Natürlich besitzt auch die sozialdemokratische Partei ihre eigene, gut ausgearbeitete Presse. Das Zentralorgan dieser Partei ist das „Pravo Lidu“ („Volksrecht“) mit dazugehörigem Abend- und Morgenblatt. Vom journalistischen Standpunkt aus ist die tschechische sozialdemokratische Presse freilich ebenso schlecht wie es einst die reichsdeutsche war. Ueber ihre politische Einstellung braucht nichts gesagt werden. Selbstverständlich ergehen sich diese Zeitungen ständig in wüsten Beschimpfungen Deutschlands. Auch die kommunistische Partei besitzt ein ausgearbeitetes Pressewesen. Ihr Zentralorgan ist das „Rude Pravo“ („Rotes Recht“) mit dem Abendblatt „Rudy Beccerit“. Hinzu kommt noch das Boulevard-Blatt „Halo Noviny“, das sich ähnlich wie weiland die Berliner „Welt am Abend“ an ein mehr kleinbürgerliches Publikum wendet. In der Innenpolitik ist die kommunistische Presse natürlich auch jetzt noch oppositionell, um die Anhänger bei der Stange zu halten, doch vertreibt sie seit dem Abschluß des tschechisch-sowjetischen Bündnisses den außenpolitischen Kurs der Regierung und unterstützt deren wehrpolitische Maßnahmen.

Außer den genannten Zeitungen gibt es noch eine Reihe kleinerer Blätter. So besitzt auch die tschechische Gewerkepartei eine eigene Tageszeitung „Narodni Stred“ („Nationale Mitte“). Von etwas größerer Bedeutung ist das Blatt der linkslebenden Legionärsverbände „Narodni Dabobozeni“ („Nationale Befreiung“), das die politische Ideologie Masaryks und Benešs vertritt. Als regierungsamtliches Blättchen im Kleinformat sind noch zu erwähnen die im Staatsverlag gedruckten „Pragske Noviny“ („Prager Zeitung“).

Besondere Beachtung verdient die große Zahl der deutschgeschriebenen Zeitungen in Prag, deren es rund ein Duzend gibt. Man muß betonen: deutschgeschriebene Zeitungen, denn deutsch in ihrer Haltung sind nur die wenigsten von ihnen. Die älteste und bestausgearbeitete deutschgeschriebene Zeitung ist das jüdische „Prager Tagblatt“, in dessen Verlag außerdem die „Prager Abendzeitung“ und die „Morgenpost“ gedruckt werden. Hier deckt das Judentum seine Karten mit einer Frechheit und Offenheit auf, wie dies selbst vor 1933 in Deutschland nicht möglich gewesen wäre; das gilt besonders für Feuilletons und Anzeigenteil; in beiden gibt man sich schon nicht mehr die Mühe, zweideutig zu sein. Ein ausgeprochenes Sensationsblatt ist der von jüdischen Emigranten herausgegebene „Prager Mittag“, ein Blatt von vier Seiten Umfang, von denen zwei Anzeigen enthalten. Seine wirtschaftliche Lage ist sicher nicht rosig.

Als tschechisches Regierungsorgan anzusehen ist die im halbamtlichen Orbis-Verlag erscheinende „Prager Presse“. Sie wird auf Staatskosten an alle ausländischen Reisebüros und dergleichen zu Propagandazwecken versandt. Inhaltlich beschäftigt sie sich auf drei Viertel ihres Raumes mit Deutschland, wobei sie reichliche Anleihen bei der Emigrantenpresse macht. Jede Nummer dieses Blattes ist ein Beweis für die sogen. „korrekten“ Beziehungen, die nach den Worten Dr. Benešs zwischen der Tschecho-Slowakei und Deutschland bestehen. Ebenfalls Regierungsblatt ist das im Staatsverlag gedruckte 20-Heller-Blättchen „Prager Abendblatt“.

Zu den ältesten deutschen Zeitungen Böhmens gehört die „Deutsche Zeitung Böhemia“. Sie war lange Zeit eines der führenden Blätter des Sudetendeutschtums, zumal des demokratischen Bürgertums. Es gelang ihr jedoch nicht, sich von jüdischem Einfluß freizumachen, weshalb sie einen großen Teil ihrer Bezahler an andere sudetendeutsche Blätter abgeben mußte. Heute wird sie namentlich von deutschdemokratischen Industriekreisen gehalten. Die übrigen in Prag erscheinenden deutschgeschriebenen Zeitungen sind in erster Linie die Organe bestimmter Parteien, angefangen von der kommunistischen „Roten Fahne“ und dem „Sozialdemokrat“, die sich in ihrer Einstellung zu Deutschland keineswegs von den marxistischen Blättern der entsprechenden tschechischen Parteien unterscheiden. Eine besondere Routine beweisen sie in der Verdächtigung und Denunzierung des völkischen Sudetendeutschtums. Da die „Deutschen“ Sozialdemokraten seit vielen Jahren in der Regierung sitzen, muß der „Sozialdemokrat“ zur Regierungspresse gerechnet werden. Ebenfalls als Regierungsblätter anzusehen sind die Blätter der auf wenige Köpfe zusammengeschmolzenen deutschen Restparteien, des Bundes der Landwirte, dessen Organ die „Deutsche Landpost“ ist, und der Christlich-Sozialen Partei, als deren Organ die „Deutsche Presse“ erscheint. Das letztgenannte Blatt ist ein außerordentlich überzeugendes Beispiel für die deutschfeindliche Arbeit des politischen Katholizismus.

Als wirklich deutsches Blatt ist somit von allen in Prag erscheinenden deutschgeschriebenen Zeitungen nur das Blatt der Sudetendeutschen Partei, die „Zeit“, anzusehen, die seit 1. Oktober 1935 erscheint und sich seitdem schon eine große Lesergemeinschaft errungen hat. Als Sprachrohr der Sudetendeutschen Partei, die bei den Wahlen im Mai 1935 70 v. H. aller sudetendeutschen Stimmen auf sich vereinigte, kommt ihr größte politische Bedeutung zu, so daß man die „Zeit“ heute als das führende Blatt des Sudetendeutstums ansehen kann.

Der Blätterwald Prags ist also äußerst bunt. Es wird in Prag sehr viel geschrieben und gedruckt. Ein verantwortungsbewusstes Streben der Presse nach Volkserziehung läßt sich jedoch nur sehr vereinzelt feststellen. Presse ist hier Geschäft. Die Hauptsache ist, das Zeitungspapier auf möglichst unterhaltsame Weise zu bedrucken und an den Mann zu bringen: Für den Juden sicher ein sehr erfreulicher Zustand, den er denn auch nach Kräften auszunützen versteht.

Rudolf Urban.

Ostland-Chronik

Lehrer entlassen, Schule geschlossen

Einige Tage vor Beginn des neuen Schuljahres, am 27. August, wurde die gesamte Lehrerschaft der Deutschen Privatschule in Compolno im kongreßpolnischen Kreise Kolo durch ein Schreiben des Warschauer Schulkuratoriums vom Amt suspendiert. Durch diese Maßnahme werden fünf deutsche Lehrer und vier deutsche Kinder betroffen. Die Schule wird von der Evangelischen Kirchengemeinde Compolno unterhalten. Die Suspendierung wird damit „begründet“, daß die Lehrer einen „schädlichen Einfluß“ auf die Kinder ausgeübt haben. Sowohl die Lehrer, wie die Eltern haben gegen die Vergewaltigung der deutschen Schule Einspruch erhoben. Dagegen hat der Pastor der Evangelischen Kirchengemeinde Compolno, der Knecht Kreuz, von dem ihm zustehenden Einspruchsrecht keinen Gebrauch gemacht. Der gleichfalls seines Amtes enthobene Schulleiter A. Breyer hat sich durch seine wertvollen Beiträge zur Geschichte des Deutschtums in Kongreßpolen in der wissenschaftlichen Welt einen Namen gemacht. — Auf Anordnung des Warschauer Kultusministeriums wurde der deutsche Lehrer Paul Pflaum von der öffentlichen Schule mit deutscher Unterrichtssprache in Paproc, Kreis Neutomischel, an die rein polnische Schule in Kluczewo, Kreis Kosten (Posen), versetzt. Es ist dies der neunte deutsche Lehrer aus dem Kreise Neutomischel, der auf diese Weise zwangswegschickt worden ist. — Trotzdem das Schuljahr bereits am 3. September begonnen hat, hat die Deutsche

Privatschule in Neutomischel bis heute noch nicht die Genehmigung zur Aufnahme des Unterrichtsbetriebes erhalten, so daß die deutschen Kinder der Stadt seit Wochen ohne Unterricht sind. — Eine schwere Enttäuschung wurde den deutschen Eltern in Soldau (früher Ostpreußen) zuteil, als sie sich am 3. September mit ihren Kindern zum Beginn des Schuljahres in der Schule einfanden. Es wurde ihnen dort mitgeteilt, daß die deutsche Abteilung der Schule geschlossen worden ist und daß ihre Kinder daher den polnischen Klassen zugeteilt werden. Die Schließung der deutschen Abteilung ist um so unverständlicher, als die Zahl der zu dieser Abteilung angemeldeten deutschen Kinder die vorgeschriebene Mindestzahl übersteigt.

Mord, Raub, Brandstiftung

In Dembenke im Kreise Nakel wurde das Mitglied der Jungdeutschen Partei, Emil Bettin, am 19. September aus nichtiger Ursache von einem polnischen Schmied so schwer mißhandelt, daß er kurz darauf starb. Der ermordete Deutsche hinterläßt eine Frau und drei kleine Kinder. — In Deutsch-Dronin im Kreise Tuchel wurde auf die deutsche Volksangehörige Alwine Paul ein Raubüberfall verübt. Sechs maskierte Banditen drangen in die Wohnung der Deutschen ein, mißhandelten diese und raubten die Barschaft. — In Siebenbrüll im Kreise Kolmar wurde an den Besitzungen der deutschen Volksangehörigen Emil Neumann und Frig Lonn Feuer angelegt. Drei Scheunen

und ein Stall fielen mit allem lebenden und toten Inventar der Brandstiftung zum Opfer.

Große deutsche Kundgebung in Kattowitz

Zum vierten Male trafen am 19. September die deutschen Turner und Sportler aus ganz Polen in Kattowitz zum sportlichen Wettstreit zusammen. Das Treffen gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung des deutschen Selbstbehauptungswillens in Polen. Den Auftakt des Festtages bildete ein Deutscher Abend in der mit den alten Wappen der oberschlesischen Städte und mit Spruchbändern geschmückten „Reichshalle“. Eine reichsdeutsche Leichtathletik-Mannschaft, die dieser Feierstunde beizuwohnte, wurde stürmisch begrüßt. Den Höhepunkt des Treffens bildete der Aufmarsch der 1 600 deutschen Turner und Sportler im Deutschen Stadion in Wilhelmstal bei Kattowitz. Ueber 12 000 deutsche Volksgenossen wohnten den sportlichen Wettkämpfen, bei denen eine Reihe von Vorkundgebungen aufgestellt wurden, bei. Die turnerischen Massenvorführungen, Volkstänze usw. fanden immer wieder begeisterten Beifall. Den Ausklang bildete die Aufführung der Kantate „Unter Sternen wachsen Laternen“, bei der ein Chor von mehr als 500 deutschen Jungen und Mädchen mitwirkte. Von Seiten der polnischen Presse wurde, wie zu erwarten, das gewaltige Bekenntnis zum Deutschtum, das dieser Massenaufmarsch bester deutscher Jugend bedeutete, mit wütenden Angriffen und niedrigen Verleumdungen quittiert.

Die 15. deutsche Fischerfamilie ausgewiesen

Am 19. September traf eine weitere deutsche Fischerfamilie aus Hela, die von den polnischen Behörden ausgewiesen wurde, auf einem Fischkutter am Zopotter Seesteg ein. Die Familie wurde von dort, wie schon vorher die 14 anderen ausgewiesenen deutschen Fischerfamilien, nach Rügen befördert. Sie betrieb neben ihrem Fischergewerbe eine Tierzucht auf Hela; die 180 Tiere der Farm wurden gleichfalls ins Reich überführt.

Unruhen in Polen

Vor einigen Wochen traten die polnischen Bauern, um ihren politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, in den Lieferungsstreik. Im Hauptstreikgebiet, im mittleren Galizien, kam es dabei zu schweren Zusammenstößen zwischen auf-

ständischen Bauern, die mit tschechischen Waffen ausgerüstet waren, und Polizei. 32 Menschen wurden getötet. In Bieliß-Biala wurden kurz darauf in tagelang andauernden Unruhen nahezu sämtliche jüdischen Geschäfte von polnischen Demonstranten zerstört. In Warschau ereignete sich am 26. September, nachdem schon mehrere Tage hindurch politische Hochspannung mit Prügeln, Fensterstürmen usw. geherrscht hatte, eine Serie von Attentaten und Überfällen. Bei den Tatern handelte es sich zum Teil um Trupps der bewaffneten „Schutzstaffeln“ des Verbandes „Das junge Polen“. Die Redaktion des „ABC“ wurde von 30 jungen Leuten überfallen; der Chefredakteur Jalecki wurde verprügelt. Am 26. September demonstrierte die sozialdemokratische Jugend, der sich einige Gruppen linksradikaler Bauern anschlossen, durch die Straßen der Stadt. Es ertönten Hochrufe auf das Rote Spanien und die polnische Arbeiter- und Bauernrepublik, sowie Niederrufe auf das Regierungslager und die katholische Kirche. Während dieser Demonstration wurde von unbekannten Tatern eine Bombe geworfen, die in dem dichtesten Gedränge 20 Personen verletzte. Am gleichen Tage wurde vor der Tür der Redaktion eines Warschauer Boulevardblattes eine Bombe gefunden, die noch rechtzeitig entfernt werden konnte. Ferner wurde auf ein Lokal des jüdisch-marxistischen „Bund“ ein Revolverattentat verübt. Bei der Schießerei wurden mehrere Personen verletzt. Eine brennende Benzinflasche, die gegen das Lokal geschleudert wurde, verfehlte ihr Ziel.

Langsame Fortschritte der Motorisierung

Polen gehört zu den Ländern Europas mit der geringsten Kraftfahrzeugdichte. Am 1. Juli d. J. kam auf 834 Einwohner ein Fahrzeug. Es wurden an diesem Stichtage in ganz Polen 31 708 Kraftfahrzeuge gezählt (ohne die Wehrmacht). Das sind etwa 1 000 weniger als am 1. Januar 1931, aber fast 7 000 mehr als am 1. Januar 1938. Von den 31 708 Fahrzeugen sind 24 598 Personenwagen (darunter wiederum 4 614 Kraftdroschken und 1 675 Autobusse), 7 110 Lastwagen und 10 162 Krafträder. Die Dichte ist in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden. Während in der am schwächsten motorisierten Wojewodschaft Larnopol ein Kraftfahrzeug auf 5 322

Einwohner kommt, entfällt auf die ehemals reichsdeutschen Gebiete, die nur 12 v. H. der Gesamtbevölkerung Polens umfassen, etwa ein Drittel aller Kraftfahrzeuge.

Polens. Auf Warschau entfallen etwa 22 v. H. Die Zahl der Kraftfahrzeuge ist seit 1936 wieder im Steigen. Die Ersetzung der veralteten und nicht mehr betriebsfähigen Fahrzeuge durch Neuananschaffung schreitet seit einigen Monaten verhältnismäßig rasch fort. Doch ist der Vorschub der „Invaliden“ immer noch hoch. In den Neuananschaffungen sind vor allem die Westgebiete Polens beteiligt. Hemmend für die Motorisierung Polens macht sich neben der allgemein geringen Kaufkraft der breiteren Volksschichten und auch der Intelligenz der schlechte Zustand der Straßen bemerkbar. Weiter fällt ins Gewicht, daß Polen keine eigene Kraftfahrzeugindustrie besitzt, die Einfuhrzölle aber (gerade bei den für die polnischen Straßen am besten geeigneten mittelschweren Wagen) noch immer sehr hoch sind. Auch der hohe Preis für Betriebsstoff spielt eine Rolle. Die Garagenverhältnisse in den größeren Städten sind katastrophal. Die Ersatzteilbeschaffung ist außer in den Großstädten, die zum Teil ständige Vertretungen für die bekannteren Marktwagen besitzen, mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Eine merkbare Erhöhung der Betriebskosten erwächst schließlich auch aus der allgemeinen

Unsicherheit, die es geradezu unmöglich macht, einen Wagen unbewacht auf der Straße stehen zu lassen, ein Umstand, der verständlich macht, daß die Zahl der und daß man z. B. in Warschau selbst ausgesprochene Kleinwagen zumeist von Chauffeuren gesteuert sieht. Unter diesen Umständen ist schwerlich mit einer raschen und starken Zunahme der Motorisierung in Polen zu rechnen, vor allem nicht in den ehemals russischen Gebieten.

Coppernicus-Preis für das Deutschtum in Polen

Die Reihe der von einem Deutschen Amerikaner ins Leben gerufenen Stiftungen für künstlerische und wissenschaftliche Leistungen des Grenz- und Auslandsdeutschtums wurde durch einen Coppernicus-Preis erweitert. Demnach stehen nunmehr acht Preise zur Verfügung, darunter ein Herder-Preis für das Deutschtum im preußisch-baltischen Raum, ein Mozart-Preis für das österreichische Deutschtum, ein Eichendorff-Preis für das Sudeten-Deutschtum, ein Hermann-von-Salza-Preis für das südöstliche Deutschtum und ein Coppernicus-Preis für das Deutschtum in Polen. Dieser letztere Preis soll 10 000 RM. betragen und alle zwei Jahre verliehen werden.

Bücher über den Osten

Siebenbürger Sachsen. Eine Wesensschau. Von **W. Nisch Orend.** Verlag E. A. Seemann, Leipzig 1937. 131 Seiten mit 8 Bildern auf Tafeln. Preis Leinen 3.— RM. — Der Hermannstädter Verleger hat hier versucht, einen Einblick in die Wesensart des deutschen Volkstammes Siebenbürgen zu geben. Erreichtes Volkstum, geschichtliche Tradition und landschaftliche Einflüsse haben dort, auf südost-europäischem Vorposten, einen eigenen deutschen Menschenschlag zur Entwicklung gebracht, der sich bis auf den heutigen Tag trotz weitgehender Untervandern und wechselnder Staatlichkeit als das kulturell und wirtschaftlich unbedingt führende Volkstum des Landes zu behaupten gerufen hat. Wie sehr diese Behauptungskraft auf der bäuerlichen Verwurzeltheit und auf dem zähen Festhalten an den überkommenen Formen des völkischen Gemeinschaftslebens beruht, geht immer wieder aus der gewissenhaften und liebevollen Darstellung Orendes hervor, die das Wesentliche der Einstellung der Siebenbürger Sachsen zu

den Fragen der Bildung und des Rechtes, der Kunst und der Wirtschaft, der Stadt und des Dorfes, der Ehe und der Geselligkeit, der Politik und der Religion usw. herauszuarbeiten bestrebt ist. Als einen Mangel der sonst in all ihren Teilen wohl gelungenen Schrift kann man es vielleicht bezeichnen, daß sie fast ausschließlich das sächsische Dorf, nicht aber auch das städtische Deutschtum des Landes behandelt.

Dr. R.

Die Rechtslage der Unierten Evangelischen Kirche in Oberschlesien. Von **Georg Klarow.** Luther-Verlag, Posen 1937. 41 Seiten. Preis 1.— RM. — Die für das ostoberschlesische Deutschtum bedeutsame Frage der Rechtsstellung der Unierten Evangelischen Kirche hat im Zusammenhang mit dem polnischen Gesetz vom 18. Juli d. J. die deutsche Öffentlichkeit in starkem Maße beschäftigt. In der vorliegenden Schrift wird die frühere Rechtslage der Kirche, die aus dem Beschluß der Kreisynode Plesch vom 6. Juni 1923, der

Notverordnung des Präsidenten der Unionen Evangelischen Kirche vom 20. Juni 1923 und dem sich daran anschließenden Briefwechsel des Landeskirchenrates mit der Wojewodenschaft beruhte, sowie das Gesetz vom 16. Juli d. J., das eine verfassungswidrige Entrenchung der evangelischen Kirche bedeutet, kritisch behandelt. Die Beschlüsse, Schreiben und Gesetze sind im Anhang im Wortlaut wiedergegeben. Die Schrift ist ein bedeutender Beitrag zur Leidensgeschichte der deutschen Volksgruppe in Polen. Nähere Angaben über die Geschichte der Unionen Evangelischen Kirche in Oberschlesien sind in der im gleichen Verlage erschienenen und in Deutschland durch H. G. Wilmann (Leipzig, Sieburgstr. 100) zu beziehenden Schrift von Rudolf Schneider „Oberschlesisches Gebetsbuch“ enthalten. Auch auf diese Schrift sei hier verwiesen.

Dr. R.

Unser Staat und der Weltfriede. Von Hanus Ruffner. Aus dem Tschechischen überlegt von H. B. Wien. Verlag E. Stracke, Wernsdorf (Böhmen) 1922. 32 Seiten mit 5 Karten. — Die Broschüre ist unter dem Titel „*Nas stat a svetovim mir*“ im Jahre 1918 in der Tschechischen Volksbuchhandlung V. Springer in Prag-Weinberge erschienen. Sie gibt den wesentlichen Inhalt eines Memorandums wieder, das im Sommer 1917 „den berufenen Faktoren“, d. h. den leitenden Staatsmännern der Tschechien, überreicht worden ist. Es ist durchaus nicht so unzeitgemäß, wie es zunächst vielleicht scheinen mag, wenn heute, nach 20 Jahren, noch einmal auf diese Denkschrift, die den tschechischen Wunschzettel für die Pariser Diktatskonferenz enthält, hingewiesen wird. Die Realisierbarkeit der tschechischen Wünsche ist heute zwar unwahrscheinlicher denn je; die seelische Verfassung des tschechischen Volkes, aus der heraus berart sadistische Forderungen aufgestellt werden konnten, wie sie die Denkschrift Ruffners enthält, aber ist dieselbe geblieben und hat durch die Zusammenarbeit mit dem wohlverwandten Bolschewismus noch eine Vertiefung erfahren. Es ist das Bekenntnis der führenden Politiker des tschechischen Volkes, daß die Leidenschaft gegen das Deutschtum diesem Volke seine geschichtliche Lebensberechtigung gibt. In diesem Sinne ist und bleibt die Denkschrift von Ruffner der unverhüllteste Ausdruck des letzten Zieles alles tschechischen Handelns. Ruffner hat die restlose Zerklüftung des Deutschen Reiches und Österreichs als die „einzige Bürgschaft eines dauerhaften Weltfriedens“ gefordert: die Aufteilung des deutschen Ostens unter den polnischen und den tschechischen Staat und in drei abhängige Staatsgebilde „Unterelebe“, „Oberelebe“ und „Pommern“, die Aufteilung Nordwestdeutschlands an die Niederlande und ein Staatsgebilde, das er „Weferland“ genannt hat, die Auslieferung des gesamten linksrheinischen Gebietes an Belgien und Frankreich, die Vergrößerung der Schweiz um Vorarlberg und Nordtirol, die Zuteilung der Bayerischen Ostmark an den tschechischen Staat und die restlose Aufteilung Österreichs unter

Tschechien, Südslawien und eine unter tschechisch-slowenischer Verwaltung stehende „Mittelmark“. Was dann vom Deutschen Reich noch übrig blieb, sollte nach der Forderung Ruffners als Deutsche Reservation dazu verurteilt sein, ein Dasein absoluter Abschließigkeit zu führen. Es sind das Forderungen, die nur von einer sich in krankhaftem Haß vergebenden Phantasie erdacht werden konnten. Gerade deshalb muß aber betont werden, daß Ruffner nicht als Privatperson, sondern im Auftrag führender tschechischer Politiker diesen Plan einer „Neuordnung Europas“ ausgearbeitet hat. Und es muß daran erinnert werden, daß erst vor kurzem von tschechischer Seite wiederum eine Landkarte verbreitet worden ist, die sich weitgehend mit den Ruffnerschen „Vorschlägen“ deckt. Dem Text der deutschen Broschüre sind Karten beigelegt, die genau nach denen der tschechischen Buchausgabe reproduziert worden sind. Die Broschüre ist durch die Buchhandlung Ferdinand Moré (Nürnberg, Ebleinstr. 13) zu beziehen.

Dr. R.

Die Brüder Wagemann. Roman von Gerhart Pohl. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1937. 297 Seiten. — Ein junger schlesischer Dichter hat in diesem Roman eine gute Probe seines Könnens abgelegt. Der Roman, in die Form einer Lebensbeichte gekleidet, ist ein Buch der Generation, die in der Jugendbewegung der Vorkriegszeit das Nahen einer neuen Zeit gesehnt und herbeigesehnt und unklar tastend ihr schon neue Formen zu geben versucht hat. In der Zerrissenheit des Zusammenbruchs und der ersten Nachkriegsjahre dreht sie Halt und Ziel zu verlieren. Ein wenig gewaltsam, doch glaubhaft werden am Leben zweier junger Menschen, der Brüder Wagemann, die Lüge dieser „Generationen ohne Gnade“ nachgezeichnet und wird in deren Leben die Gestalt einer Frau hineingestellt, die beiden Schicksal werden sollte. Gerhart Pohl hat für die Behandlung seines Themas einen eigenen Stil und einen verschlungenen Aufbau gefunden, der, obwohl das Ende vorweggenommen wird, bis zum Schluß Spannung und Teilnahme aufrechtzuhalten vermag.

Dr. R.

Der Glaube der Nordmark. Von Gustav Freyssen. Verlag Georg Teubner, Stuttgart 1936. 145 Seiten. — Gustav Freyssen, der bekannte Dichter der Nordmark, ist bis in sein hohes Alter ein Junger und ein Suchender geblieben. Vor 30 Jahren schon hat er sich in „Hyllingen!“ mit der Frage, die ihn auch in der vorliegenden Schrift wieder beschäftigt, auseinandergesetzt, mit der Frage nach der Vereinbarkeit des Christentums mit dem deutschen Volkstum. Er erkennt in all den religiösen und kirchlichen Erneuerungsbestrebungen, die sich vom Verfasser des „Heland“ über Luther bis zur Gegenwart erstrecken, vergebliche Versuche, dem Christentum einen deutschen Charakter zu geben; und er erblickt in der Bewegung der Deutschen Christen den letzten, gescheiterten Versuch der Eindeutschung einer

dem nordischen Menschen wesensfremden Religiosität und Kirchlichkeit. Er spricht von der Nordmark, wenn er sagt, daß das Christentum, das katholische sowohl wie das protestantische, schon seit zwei Jahrhunderten aufgehört hat, die Frömmigkeit des deutschen Menschen zu bestimmen, ihr Inhalt und Richtung zu geben.

Was er für die Nordmark sagt, gilt auch, wenn bisher vielleicht auch erst in etwas milderer Form, für ganz Deutschland. Sein Buch ist ein persönliches Bekenntnis. Es wirkt durch die Ruhe der inneren Freiheit vom Christentum befreiend. Das rechtfertigt die weite Verbreitung, die es gefunden hat.

Dr. K.

Verlag Dr. Friedrich Cömer, Berlin SW 61, Danzigerstr. 2-3. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kriebel, Berlin-Friedrichshagen, Jägerstr. 2. — Druck: Zeitungs-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Viktoriastr. 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Axel Haupt, Berlin SW 15. — Erscheint monatlich zweimal. Halbjähr 12 Hk. 0,90. Einzelnummer 12 Hk. 0,20 und 12 Hk. 0,15 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — J. b. H. g. — Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Lektoren, Berlin W 30, Köpferstr. 46 (Fernruf 25 09 14) zu richten.

Wendt Groll

Marienwerder Westpr. Ruf 2686

Elbing " " 3861

Marienburg " " 2054

Alleinvertreib für

Ideal- und Erika-Schreibmaschinen
Astra-Rechen- u. Buchungsmaschinen
Brunsviga-Rechenmaschinen
Roto-Vervielfältiger
Adrema-Adressieranlagen
Fortschritt Organ. Möbel

C. E. Herbst

Gumbinnen, Königstraße 14

Papier- u. Schreibwaren

Buchdruckerei

Sichtkarthalbeken, Barebedarf
Schreib- u. Rechenmaschinen
Fernruf 2118

MÖBEL

vom einfachsten Stillek bis zur schwersten Ausführung
gut und preiswert bei

ERICH HARDT

Tischlermeister und Bildhauer

Gumbinnen, Wilhelmstr. 36

Annahme von Darlehnscheinen

**Noch ist auf dieser
Seite auch für
Ihre Anzeige Platz!**

Schmude & Wobbe, Insterburg

Empfehlenswerte Bezugsquelle für

Seifen, Parfümerien, Bürstenwaren und Toiletteartikel

Hauptgeschäft: Insterburg, Hindenburgstraße 13/14

Filialen: Insterburg, Erich Kochstraße 2

Gumbinnen, Goldasper Straße 8

Rastenburg, Schloßstraße 5

Lyck, Hindenburgstraße 88

Lötzen, Markt 30

Allenstein, Richterstraße 32

Allenstein, Adolf Hitlerplatz 8

Ortelsburg, Adolf Hitlerplatz 23

Osterode, Göringstraße 1



Albert Arndt

Heiligenbeil i. Ostpr.

Tel. 261

MÖBEL

Große Auswahl in Möbeln jeder Art

Insterburger Kunstgewerbestuben

Insterburg i. Ostpr.

Adolf-Hitler-Platz 1

Werkstatt für Handwebereien

Werdet

Mitglied

der NSV.

Die Weingroßhandlung Paul Dreier Nachf.

Inh. Willy Marx

Fernruf 3028 Schneidemühl Neuer Markt 8

**ist die leistungsfähige Bezugsquelle
für Deutsche und ausländ. Weine.**

Feine Spirituosen, Zigarren, Zigaretten

**Damen-,
Herren- und
Kinder-Bekleidung**

Stets modisch, auswahlreich
und vorteilhaft im Preis

Wilco

WILLFANG · MÜLLER & CO.

**KÖNIGSBERG OSTPR.
AM ALTSTÄDT. MARKT**



Nähmaschinen

in technischer Vollendung, für jed. Haushalt
Bequeme Zahlungsweise!

H. Althoff G. m.
b. H.
Königsberg/Pr., Gr. Schloßbleichstr. 8
(am Paradeplatz)

**Bergschlößchen-Brauerei
Braunsberg / Ostpr.**

Möbel Rohrmöser

Insterburg, Hindenburgstraße 84

Besichtigen Sie meine Sonderabteilung:

Möbel deutscher Wertarbeit!

Alleinverkauf f. Ostpreußen!

.....
Luftschutz
ist
das
Gebot
der Stunde!
.....



**Modernes Einkaufshaus
für gedieg. Manufaktur- u. Modewaren**

Damen-, Herren- und Kinder-Fertigkleidung

Eigenes Maß-Atelier für vornehme Damen-
und Herrenbekleidung

Gardinen - Teppiche - Möbelstoffe - Pelze

Spezial-Abteilung für Aussteuer- und Ergänzungswäsche

Leo Schweißer, Insterburg

Gebrüder

Liebert
KÖNIGSBERG/PR.

Seit 75 Jahren ein Fachgeschäft für sämtliche Textilwaren

OSTPREUSSEN

Bring' zur
Sparkasse
Dein Geld,

Die ostpreussischen
**Stadt- und Kreis-
Sparkassen**
mündelsicher

wie man's
tut in
aller Welt!

**Heizungen
Wasserleitungen
Bäder usw.**

Lingen u. Co.
Königsberg - Pr.
Französische Str. 1

**Ostdeutsches
Centralheizungswerk**

Inhaber: Hermann Kohnert
Königsberg (Pr.), Königstr. 82 b u. c
Telefon 32404 und 31917

Heizungs-, Lüftungs-, sanitäre Anlagen

**Büromaschinen
Büromöbel und
Organisationsmittel**

empfehl
Albert Wigand
Königsberg Pr., Junkerstr. 10
Eingang Münzplatz

Justus Baginski

Be- u. Entwässerungen - Gasanlagen
Sanitäre Einrichtungen

Königsberg/Pr., Jägerhof 15
Fernruf 35712

Stets das Neueste aller Literaturgebiete
finden Sie in unserer

Buchhandlung und Leihbücherei
Monats- und Wochen - Abonnement
Steindamm-Bücherei
Königsberg Pr., Steindamm 9 b
am Nordbahnhof Ruf 36654

**Jede Art von Bewachung
in ganz Ostpreußen**

übernimmt die
Wach- u. Schließ-
Gesellschaft



Königsberg Pr.
Klapperwiese 5
Tel. 411 29.41144

Wer nicht inseriert, bleibt unbeachtet

Fritz Walter, Schneidermeister
Königsberg Pr., Kreislerstr. 6 Anb. Französl. Cit. Ruf 81771
Uniformen für Meer u. Luftwaffe
Werkstoff für gebogene Hochbett
Jloif-, Sport- u. Reifbekleidung • Ausdrückungsöffnungen

Obstbäume, Spalier
in vielen Formen
Beeren-, Ziersträucher • Blautannen
Richard Lange
Königsberg Pr., Juditfer Allee 8
Ruf 20527

OSTPREUSSEN

Der Qualitätsraucher bevorzugt

Carl Peter Cigarren

die führende Marke im deutschen Osten

— 27 eigene Verkaufsstellen in Ostpreußen —

Hauptgeschäft:

Königsberg Pr., Kneiphöf. Langgasse 36

DJ. HJ. BDM. Uniformen

Uniformen und Effekten für Reichsheer, Flieger,

Arbeitsdienst und simil. NSDAP.-Formationen

F. Benson

Königsberg Pr., Französische Str. 11

Älteste NSDAP.-Bekleidungsstelle für Ostpreuß.

Auto-Elektrowerkstatt



Präg & Held

Königsberg Pr.

Neue Adresse:

Gen. Litzmannstraße 84

Brennstoff - Einspritz-

pumpen und Einspritz-

düsen für Diesel

Reparatur u. Lieferung

Bosch - Batterien

Ich berate Sie gern und empfehle zur

Herbstpflanzung

Obstbäume-Beerensträucher

Ziersträucher-Stauden

Otto Baumgart

Königsberg Pr., Lawsker Allee 70

Ruf 23979

Baumschulen

Gebrüder Gehlhaar

Königsberg Pr., Juditter Allee 18/22

Fernsprecher 22500

Alle winterharten Nutz- und Ziergehölze

für den deutschen Osten

Nord-Süd-Bau

Ostpreußen G. m. b. H.

Königsberg Pr.

Vorder-Roßgarten 50

**Nut und Hilfe finden die Mütter
und ihre Kinder durch das Hilfswort
„Mutter und Kind“.**



Otto Ad. Sielmann

Feldbahnen — Bagger — Dieselmotor- und

Dampflokomotiven — Preßluftanlagen — Trans-

missionen — Betonmischmaschinen

Königsberg Pr.

Magisterstraße 65-66

Telefon: 36488 und 33360

Werkzeugmaschinen

für Holzbearbeitung

Eisenbearbeitung

Knoth & Jilas, Königsberg Pr., Steindamm 177

Färberei

CAILLÉ & LEBELT

reinigt chemisch

Königsberg i. Pr. 5

Martha Elsner

Königsberg i. Pr., Münzstraße 5-6

Korsetts, Korsetlets, Gesundheitsleibbinden

Damenwäsche, Strümpfe in großer

Auswahl zu billigsten Preisen

Konditorei

Kurt Gehlhaar

Königsberg i. Pr. Kontstraße 11-11a
Junkerstraße 19

Das gute Tages-Café mit türkischem Mokka-Salon

Versandhaus des weltberühmten

Königsberger Marzipan

NITALIN
NITAL
NITAG-ÖL

das beste Benzin
das beste Öl
das zuverlässigste

Sowie sämtliche anderen Treibstoffe



KÖNIGSBERG (Pr.), Friedländer Torpl. 4a
Tel. 402 50/1 Viele Provinziallager

PERTRIX
OSTPREUSSISCHE

ELEMENTE- UND BATTERIE-FABRIK

Gesellschaft mit beschr. Haftung

Königsberg (Pr.)

Hermann-Göring-Str. 151/155

Taschenlampen- u. Anoden-Batterien

Hülsen und Lichtwerfer

Fahrrad - Scheinwerfer

und Fahrrad - Dynamos

Preussische Zeitung

Die größte Tageszeitung
in Ostpreußen

Das Sprachrohr von Partei und Staat



Tischlereibedarf

Sperrholz · Fourniere

Wilhelm Tappmeyer, Königsberg Pr., Gebauhrsir. 50. Ruf 33337

Englick & Qüatz Königsberg Pr.

Gegründet 1882

Große Schloßteichstraße 10

Ecke Burgstraße

Ruf 33068

Das Haus für Bürobedarf — Büromaschinen — Büromöbel — Büropapiere

A. Franz Rapetzki, Königsberg Pr.

Sackheimer Kirchenstraße 23

Fernsprecher: 35244 und 30970

ZENTRALHEIZUNGEN

Heizungs- und Lüftungstechnische Anlagen

Lippert & Matull

Münzstickerei

Königsberg i. Pr., Münzstraße 5-6

Spezialhaus für beste Strickkleidung
gediegene individuelle Maßanfertigung

Ruf 31634

Fachgeschäft für Mal- u. Zeichen-Artikel

Käthe Neumann

Königsberg, Am Schloß 1 • Ruf 30636

Gut sortiertes Lager

Mit dem „Seedienst Ostpreußen“ ins Ordensland

Stempel u. Gravuren G.m.
b. H.
Königsberg i. Pr. 5
Börsenstraße 11

Mara Arndt
Antiquariat u. Buchhandlung
Königsberg Pr.
Französischestr. 3
Fernsprecher 31132

„Heinzelmannchen“
Inh.: Gertrud Danat
Lichtpausanstalt u. Vervielfältigungsbüro
Königsberg Pr., Lutherstr. 8. Ruf 39305

Gebr. Kittler
Leder für alle Zwecke
Königsberg Pr.
Altstädtische Bergstraße 11
Fernsprecher Nr. 33117 und 36350

**Hoch- und Tiefbau
Gesellschaft**
Inh.: Gebr. Schmarsel
Königsberg Pr., Glückstr. 12

Kompl. Zimmer und Einzeilmöbel
gut und preiswert
A. Thurnau, Tischlermeister
Königsberg, Vorst. Langgasse 98
Annahme von Ehestandsdarlehen

Parfümerie Favorit
Inh.: F. Klein u. E. Wied
Königsberg Pr., Paradeplatz 11
Anruf 36712
unterhält ständig reich sortiertes Lager
in Seifen, Parfümerien, Hauptpflege- und
Toilette-Artikeln

Dieckert & Jautschus Nachf.
Inh. Arthur Gerber
Königsberg i. Pr., Löbn. Langg. 5
Leder f. Schuhmacher u. Sattler

Bernh. Teichert
Buch- u. Kunsthandlung
KÖNIGSBERG PR.
Gr. Schloßteichstraße 8

Jagdgläser, Reichsgetreideprober
Regenmesser, Barometer

**Optiker
Walter Wiedmann**
Königsberg/Pr., Kneiphöf. Langgasse 58
Ruf 30808

F. Trittmacher
Spekulation u. Großfuhrbetrieb
Königsberg Pr.
Eisengrabenstr. 11-12
Sammel-Nr. 36366

**Saml. Bernsteinwaren - Fabrik
Albert Giega**
Königsberg Pr.
Sackheim 92

Das Ziel
des Hilfswerkes
„Mutter u. Kind“:
ein starkes
und gesundes
deutsches Volk

Tapeten-Balatum

Johs. Dikl, Königsberg Pr.
Vorstdt. Langgasse 93

H. Rosenfeld Nachfolg. K. Bauer
Büro-Möbel
Schreibmaschinen
Tilsit, Hebestraße 13

Schallke
DAS HAUS DER PHOTOFREUNDE
Königsberg, Steindamm 128/29

FELLENBERG
Kommandit-Ges.
Zementwaren und
Steinholzfußböden
Königsberg Pr.
Friedländertorplatz 5

Ferd. Beyer's Buchhandlung
Königsberg Pr., Französischestr. 25

Router
Steindamm 139
MÖBELFABRIK
und Einrichtungshaus

Möbeltischlerei
Innenausbau
ERNST DELLIN
Tischlermeister
Königsberg/Pr., Ziegelstr. 14
Telefon 35993

Tilsiter Rollfuhr-Gesellschaft m. b. H.
Deutsche Straße 24. Ruf 2801-02
Möbeltransport
Spedition
Schiffahrtsexpedition
Rollfuhrwesen
Amtlicher Spediteur der Reichsbahn

**Besucht den
deutschen Osten!**

Schau nicht rechts
schau nicht links
kauf bei
Raudies u. Bugenings
Tilsit, Deutsche Straße 73
Stoffe - fertige Kleidung - Wollwaren

Vereinsbrauerei Tilsit

empfiehlt ihre vorzüglichen

Qualitäts-Vollbiere
in Faß und Flaschen

Walter Bergau * Tilsit
Sommerstr. 43. Fernruf 3427

Unternehmung für:
Eisenbahn-, Wasser- und Straßenbau
Beton-, Eisenbetonbauten und
Kanalisation

Gaskoks

für Zentral- und Etagen-Heizungen
liefert in guter Qualität und in jeder Stückgröße
Städtisches Gaswerk, Tilsit

Kornhausgenossenschaft e. G. m. b. H. zu Tilsit

Zweigstellen in Gr. Brittanien, Kaukehmen, Naujeningken, Rautenberg, Szillen

Das genossenschaftl. Landwaren-Institut für die Kreise Tilsit-Ragnit u. Niederung

*** Backe mit Hefe ***

Überall

*** Koche mit Hefe ***

O. H. T. HEFE

Ostdeutsche Hefewerke, Abtlg. der Norddeutschen Hefe-Industrie
Tilsit Fernruf 3444

SCHLESSEN

**Ghlesier lejen die
Ghlesische Gaupresse**

mit ihren 9 NS-Heimatzeitungen in:

BRESLAU	GURLITZ	WALDENBURG
GLOGAU	GLATZ	GLEWITZ
LEGNITZ	HIRSCHBERG	OPPELN

Gustav Knauer
Breslau 6

Möbeltransport · Speicherei · Spedition

Fernsprecher: 28747

Breslauer

**Leinenhaus
Gottward Völkel**
Friedr.-Wilh. Str. 51
und Albrechtstr. 56

Gute Wäsche jeder Art

Wenn Wäsche: dann ...

Fuchs-Henel
BRESLAU-AM KATHAUS 27

Schreibmaschinen
Verbleifäfigungsapparate, Registraturen
und sämtlichen Bürobedarf

empfehl
Bürobedarf Max Stenzel, Breslau 1
Garbestraße 11 Ruf 29749

Minsapost & Prauser

Zentralheizungs- und Warmwasser-
bereitungs-Anlagen, Etagen-Heizungen
Neubau, Instandhaltung, Reparaturen
Breslau 1, Werderstr. 14/16. Tel. 45954